

Regierungserklärung von Helmut Kohl (Berlin, 4. Oktober 1990)

Legende: Am 4. Oktober 1990 beschreibt Helmut Kohl, Bundeskanzler des wiedervereinigten Deutschlands, vor dem gesamtdeutschen Bundestag die augenblickliche wirtschaftliche Situation des Landes und eröffnet Perspektiven zur Überwindung der Schwierigkeiten, welche die Existenz zweier unterschiedlicher Wirtschaftssysteme hervorruft.

Quelle: Die Vereinigung Deutschlands im Jahre 1990, Verträge und Erklärungen. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1991. 288 S. (Berichte und Dokumentationen).

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/regierungserklarung_von_helmut_kohl_berlin_4_oktober_1990-de-465c978e-d50e-4ea8-b79c-11ecc5f8fe05.html

Publication date: 23/10/2012

Regierungserklärung von Helmut Kohl (Berlin, 4. Oktober 1990)

[...]

II.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Lage in der DDR wird bestimmt durch den schwierigen Übergang von der sozialistischen Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft.

Diese Aufgabe ist ohne Beispiel. Nachdem sich zwei unvereinbare Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen über Jahrzehnte hinweg auseinanderentwickelt haben, geht es jetzt darum, die Zukunft in Freiheit gemeinsam zu gestalten. Ich bin sicher, wir haben alle Chancen, diese Herausforderung gemeinsam erfolgreich zu bestehen.

So müssen sich Wirtschaft und Unternehmen durchgreifend ändern und neu orientieren; denn viele der bisherigen Industriegüter können sich im internationalen Wettbewerb nicht behaupten. Dienstleistungen - etwa in Handel, Finanzwesen und Tourismus - wurden stark vernachlässigt.

Vollbeschäftigung gab es im real existierenden Sozialismus nur zum Schein. In Wahrheit bestand in nahezu jedem Betrieb und jeder Verwaltung das, was man als verdeckte Arbeitslosigkeit bezeichnet. Allein der öffentliche Dienst war fast doppelt so stark besetzt wie in der Bundesrepublik. Und niemand wird behaupten, daß der öffentliche Dienst in der Bundesrepublik zu schwach besetzt sei.

Wer dann noch veraltete Produktionsanlagen und verbreitete Energieverschwendung hinzunimmt, den wundert es nicht, daß die Produktivität nur etwa 40 Prozent des Niveaus in der bisherigen Bundesrepublik beträgt.

Hier wollen wir gemeinsam durch eine zügige Modernisierung der Betriebe und durch nachhaltig verstärkte Umschulung und Weiterbildung der Arbeitnehmer Abhilfe schaffen. Mit massiven Maßnahmen zur Weiterqualifizierung, zu Investitionszulagen und regionalen Wirtschaftshilfen geben wir die notwendige Unterstützung. Mit der jetzt vorgesehenen Wirtschaftsförderung kann ein Investitionsvolumen von rund 50 Milliarden DM sehr bald verwirklicht werden.

Wie groß die Investitionsbereitschaft ist, zeigt nicht zuletzt die jüngste Umfrage des Ifo-Instituts. Danach will rund die Hälfte der befragten Unternehmen bereits bis Ende kommenden Jahres, also in den nächsten fünfzehn Monaten, in der bisherigen DDR investieren.

Wirksame Hilfen zur Umstrukturierung erhalten ebenso die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft. Enteignung und Staatsdirigismus haben oft gigantische, aber häufig unproduktive Betriebe entstehen lassen. Die jetzt notwendige Neuorientierung bietet leistungsfähigen landwirtschaftlichen Betrieben eine faire Chance, sich im Markt zu behaupten, und neben Familienbetrieben gehören dazu auch Genossenschaften.

Meine Damen und Herren, mit der Einheit Deutschlands ist die Landwirtschaft der bisherigen DDR zugleich voll in den europäischen Agrarmarkt integriert. Dank günstiger Standortbedingungen verfügen die Landwirte in ganz Deutschland über gute Voraussetzungen, im europäischen Markt zu bestehen. Aber jeder von uns weiß, daß wir hier noch erhebliche Übergangsprobleme mit Auswirkungen auch auf das Gebiet der bisherigen Bundesrepublik zu bewältigen haben.

Gemeinsame Anstrengungen brauchen wir ferner im Blick auf Wohnungsbau und Infrastruktur. Jeder kann sich, wenn er durch die Städte und Gemeinden der bisherigen DDR geht, ein Bild davon machen, wie sehr Häuser, ja ganze Stadtteile vom Verfall bedroht sind. Dieser Entwicklung wollen wir Einhalt gebieten. Das neue Wohnungsbaumodernisierungsprogramm für die ehemalige DDR bietet hierfür konkrete Hilfen. Zu ungewöhnlich günstigen Bedingungen steht jetzt ein Kreditvolumen von rund 10 Milliarden DM zur Verfügung. Nicht zuletzt aus dieser Sicht eröffnet die Bauwirtschaft neue Beschäftigungsperspektiven für viele, die sich jetzt auch beruflich neu orientieren müssen.

Auch für den westlichen Teil Deutschlands haben wir eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um die Wohnungsengpässe, vor allem in Ballungsgebieten, zu beseitigen. Bis 1992 werden eine Million neue Wohnungen gebaut werden können, davon weit über ein Drittel Sozialwohnungen. Zur weiteren sozialen Flankierung haben wir gerade das Wohngeld noch einmal nachhaltig verbessert.

Meine Damen und Herren, für das Gebiet der bisherigen DDR haben wir ein umfassendes Infrastrukturprogramm eingeleitet. Dabei geht es vorrangig darum, das Straßen-, Schienen- und Telefonnetz instand zu setzen und vor allem zu modernisieren. Nur mit einer leistungsfähigen Infrastruktur kann eine dauerhafte wirtschaftliche Erholung einhergehen.

Wir müssen sehr bald dahin kommen, daß es genauso einfach ist, von Dresden nach Rostock zu telefonieren wie heute etwa von Köln nach München.

Um dieses Ziel so rasch wie möglich zu erreichen, hat die Bundespost Milliardeninvestitionen beschlossen. Bis 1997 sind für den Ausbau des Fernmeldenetzes rund 55 Milliarden DM vorgesehen, davon allein über 7 Milliarden DM in den nächsten achtzehn Monaten. Das bedeutet: In der bisherigen DDR werden jetzt jährlich bis zu eine Million neue Telefonanschlüsse hergestellt.

Parallel müssen wir für den Ausbau eines modernen Straßen- und Schienennetzes große Anstrengungen unternehmen und besondere Ideen entwickeln.

Der Infrastruktur dient zugleich das neue Gemeindeinvestitionsprogramm mit einem Projektvolumen von 10 Milliarden DM. Es unterstützt Kreise, Gemeinden und Städte vor allem dabei, Gewerbeflächen zu erschließen, kommunale Verkehrswege zu verbessern, Stadt- und Dorferneuerung zu ermöglichen sowie Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen zu modernisieren.

Ich fordere Städte und Gemeinden auf, für solche Aufgaben auch die bereitstehenden Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verstärkt zu nutzen. Mit ihnen läßt sich Arbeitslosigkeit kurzfristig verringern, und dringende Arbeiten können mit geringem Kostenaufwand für die Städte und Gemeinden schon jetzt in Angriff genommen werden.

Im übrigen unterstreiche ich: Mit dem Einigungsvertrag verfügen die Städte, Kreise und Gemeinden über die Voraussetzungen, unverzüglich Grundstücke und Gebäude für arbeitsplatzschaffende Investitionen bereit zustellen. Von dieser Regelung soll und muß jetzt im Interesse der Beschäftigung sofort Gebrauch gemacht werden.

Noch größerer Handlungsbedarf besteht beim Schutz von Natur und Umwelt. Viele Böden sind vergiftet, Seen und Flüsse oft verseucht oder ökologisch tot. Das Trinkwasser ist häufig hoch belastet. Das SED-Regime hat zu verantworten, daß es in der ehemaligen DDR bis zuletzt höhere Belastungen mit Schwefeldioxid und Kohlendioxid gab als irgendwo sonst in der Welt.

Die Kernkraftwerke entsprechen in keiner Weise unseren Sicherheitsanforderungen. Daß die DDR-Regierung diese Kraftwerke sogar nach Tschernobyl weiter betrieben hat, war unverantwortlich. Inzwischen haben wir bereits vier der fünf Kernkraftwerke abgeschaltet. Der letzte Kernkraftwerksblock in Greifswald wird in Kürze ebenfalls vom Netz genommen werden.

Dies wird die Stromversorgung nicht in Frage stellen. Mit dem kürzlich abgeschlossenen Stromvertrag wird vielmehr der rasche Aufbau einer leistungsfähigen und umweltfreundlichen Stromerzeugung und -versorgung durch private Energieversorgungsunternehmen sichergestellt. Allein in den nächsten fünf Jahren werden hierfür mehr als 20 Milliarden DM investiert.

Meine Damen und Herren, für uns gehören wirtschaftlicher Aufschwung und ökologischer Neubeginn zusammen. Besonders gesundheits- und umweltbelastende Betriebe und Betriebsteile wurden inzwischen geschlossen. Mit Nachdruck arbeiten wir an einem ökologischen Sanierungs- und Entwicklungsprogramm,

vor allem für hoch belastete Gebiete wie Bitterfeld und Espenhain, für die Region um Mansfeld, für das Obere Elbtal.

Einmal mehr erweist sich, wie sehr die Leistungskraft der Wirtschaft Voraussetzung für Entwicklung und Einsatz modernster Umwelt- und Sicherheitstechnik ist.

Ohne eine leistungsfähige Wirtschaft ist auch nicht denkbar, was viele inzwischen für selbstverständlich halten: ein tragfähiges Netz sozialer Sicherung. Was hier aufzuholen ist, zeigt zuallererst die Situation der Rentner in der bisherigen DDR.

Ihre Renten waren niedrig und wurden überdies nur unzureichend an die Lohnentwicklung der Arbeitnehmer angepaßt. Wir haben sichergestellt, daß die Rentner- wie schon bisher in der Bundesrepublik - an der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung ihren gerechten Anteil haben.

Auch in der bisherigen DDR muß gelten, daß die Rente angemessener Lohn für ein ganzes Arbeitsleben ist.

Im Gesundheitswesen gab es in der ehemaligen DDR ein Zweiklassensystem. Nur für sehr wenige Privilegierte standen Spitzenmedizin und leistungsfähige medizinische Einrichtungen zur Verfügung. Das galt keineswegs für den sogenannten Normalbürger. Wir führen jetzt unsere bewährte Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung ein - selbst wenn das mit hohen Anlaufkosten verbunden ist. Mit dem Einigungsvertrag ist gewährleistet, daß wir auf diesem wichtigen Feld Schritt für Schritt einheitliche Verhältnisse in ganz Deutschland erreichen; denn wirksame soziale Sicherung ist untrennbar verknüpft mit unserer Politik der Sozialen Marktwirtschaft.

Zur Bestandsaufnahme gehört auch die Lage der Staatsfinanzen in der bisherigen DDR. Verfügbare Mittel wurden für staatliche Prestigeobjekte, für überbesetzte Verwaltungen und für das Unterdrückungssystem ausgegeben. Statt in die Zukunft zu investieren, ist die Substanz verwirtschaftet worden. Bereits vor Jahresfrist - das kann man gar nicht häufig genug sagen - sind führende Funktionäre der SED selbst zu dem Ergebnis gekommen, daß der DDR gegenüber dem westlichen Ausland sehr kurzfristig die Zahlungsunfähigkeit drohe.

Meine Damen und Herren, unter derart bedrückenden und entmutigenden Verhältnissen haben die Menschen in der DDR über vierzig Jahre leben und arbeiten müssen. Um so höher wissen wir einzuschätzen, was sie in dieser Zeit dennoch geleistet haben. Wer seit über vier Jahrzehnten gleichsam auf der „Sonnenseite“ deutscher Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland leben durfte, sollte sich dies immer bewußt machen.

Es ist zutiefst deprimierend, daß das SED-Regime die Früchte jahrzehntelanger Anstrengungen der Bürger weitgehend zunichte gemacht hat.

Viele fühlen sich auch jetzt noch von denen verunsichert, die den Neubeginn mit „altem“ Denken bewußt erschweren und verschleiern. Die alte Kommando-Wirtschaft ist gescheitert. Aber die Konturen der neuen Wirtschaftsordnung sind oft noch nicht klar erkennbar.

Damit verbindet sich die verständliche Frage der Menschen nach der eigenen Zukunft - die Frage nach dem Arbeitsplatz, nach Einkommen oder Rente, nach der Wohnung, nach den neuen Anforderungen einer wettbewerbsorientierten Wirtschaft. Wir alle, auch ich selbst, nehmen diese Fragen und auch die Ängste ernst; es sind Fragen des persönlichen Betroffenseins, Fragen, die uns alle angehen.

Daran knüpfen sich zugleich Hoffnungen und Erwartungen - Erwartungen, die manchmal auch über das hinausgehen, was staatliche und private Unterstützung und Hilfe kurzfristig leisten können. Wir verstehen diese Erwartungen. Wir werden alles in unserer Kraft Stehende tun, um die Folgen der Teilung so schnell wie möglich zu überwinden. Doch, meine Damen und Herren, was in vier Jahrzehnten zunichte gemacht wurde, kann nicht in wenigen Wochen und Monaten aufgeholt und ausgeglichen werden.

Finanzielle Anforderungen finden dort ihre Grenze, wo die Stabilität der D-Mark und die finanzielle Solidität des Gesamtstaates berührt werden. Denn dies ist das Fundament, auf dem wir alle heute stehen und auf dem wir die gemeinsame Zukunft aufbauen wollen.

Meine Damen und Herren, um so wichtiger ist es, in der öffentlichen Diskussion nicht nur nach den Kosten des Neubeginns zu fragen. Denn es ist ja ein leichtes - wir erleben es -, hier horrende Zahlen aufzuaddieren. Wer so redet, der sollte bitte auch an die Kosten der Teilung in den letzten vierzig Jahren denken - Kosten der Teilung nicht nur in der Bundesrepublik, sondern ebenso in der DDR. Er sollte denken an die vielen Milliarden für Berlin- und Zonenrandförderung, für Transitpauschalen, für Häftlingsfreikäufe - und dies Jahr für Jahr. Er sollte vor allem auch denken an die immensen Ausgaben für das Überwachungs- und Unterdrückungssystem von Stasi, von Mauer und von Stacheldraht.

Wer diese Diskussion führt und diese Summen einmal in Relation zueinander setzt, der kommt bei den Kosten der Teilung sehr rasch zu Größenordnungen in vierstelliger Milliardenhöhe. Will jemand diese gigantischen Kosten der Teilung wirklich weiter in Kauf nehmen, anstatt jetzt in die Einheit unseres Vaterlandes sinnvoll und mit Augenmaß zu investieren?

Investitionen für unsere gemeinsame Zukunft haben auch mit Kosten zu tun - aber eben nicht nur mit Kosten, sondern auch mit Erträgen. Auch das ist ja eine der Erfahrungen von vierzig Jahren Bundesrepublik.

So sichert und schafft der wirtschaftliche Wiederaufbau in der ehemaligen DDR Arbeitsplätze in ganz Deutschland; die jüngste Arbeitslosenstatistik zeigt dies ja überdeutlich. Von dieser zusätzlichen wirtschaftlichen Dynamik profitieren zunächst einmal vor allem westliche Lieferanten von Maschinen und Ausrüstungen. Dies trägt aber ebenso dazu bei, die bisherige DDR als Produktionsstandort rasch auszubauen. Dies, meine Damen und Herren, bedeutet zugleich: steigende Unternehmenserträge und wachsende Einkommen, die ihrerseits wieder zu höheren Staatseinnahmen führen. Auch das ist ja in klassischer Weise während der vergangenen Jahre in der Bundesrepublik deutlich geworden.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zu solchen Erträgen gehören auch Entlastungen unserer Umwelt: Weniger Schadstoffe - vor allem in Luft und Wasser -: das kommt allen zugute. Das heißt beispielsweise: Jede Mark, die wir bereits in Dresden in die Wasserqualität der Elbe investieren, macht eine Sanierung bei Hamburg zwar nicht überflüssig, aber doch wesentlich einfacher und weniger kostspielig.

Wer jetzt polemisch durchs Land zieht und die Kosten der Einheit als ein beinahe unüberwindliches Hindernis darstellt, der sollte ebenso offen über die wegfallenden Kosten der Teilung sprechen und über die Erträge der Einheit - Erträge, die in den kommenden Jahren immer mehr an Gewicht gewinnen werden.

Dazu gehört, meine Damen und Herren, daß das vereinte Deutschland in der Mitte eines nicht mehr geteilten, sondern zusammenwachsenden Europas liegt. Es ist offensichtlich, daß aus dieser Brückenfunktion für uns und unsere Partner handfeste wirtschaftliche Vorteile erwachsen werden.

Noch etwas gehört in den Zusammenhang von Kosten und Erträgen: Es ist einfach unredlich, den Eindruck zu erwecken, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR könne auf absehbare Zeit nichts oder nur sehr wenig aus eigener Kraft finanziert werden. Richtig ist vielmehr - das ist eine Erfahrung der frühen fünfziger Jahre in der Bundesrepublik -: Großzügige Hilfen am Beginn einer marktwirtschaftlichen Neuorientierung sind notwendig, zumal die sozialen Lasten der Menschen damit erträglicher werden. Wer wüßte dies besser als die Deutschen in der bisherigen Bundesrepublik, deren Aufbau mit Geldern des Marshall-Plans aus den USA ebenfalls erleichtert wurde!

Gerade unsere Erfahrungen zu Beginn der Sozialen Marktwirtschaft in der Zeit nach 1948 zeigen aber ebenso, daß solche Starthilfe im besten Sinne des Wortes Hilfe zur Selbsthilfe ist. Dies wird in Mecklenburg Vorpommern, in Brandenburg, in Sachsen-Anhalt, in Thüringen und in Sachsen nicht anders sein. Auch dort werden Bürger, Kommunen und Länder bald einen wachsenden Teil zur Finanzierung ihrer eigenen Zukunft selbst tragen können.

Meine Damen und Herren, neben den Kosten sehen wir in gleicher Weise die ermutigenden Perspektiven, die sich dem vereinten Deutschland, aber auch Europa als Ganzem eröffnen. Kosten, Erträge, Perspektiven - dies ist ein unauflöslicher Gesamtzusammenhang. Dazu gehören selbstverständlich ebenso immaterielle Vorteile, die eben nicht in Mark und Pfennig meßbar sind. Hier ist vor allem die persönliche Freiheit zu nennen. Das ist das wichtigste Gut im wiedervereinten Deutschland.

Die freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und mit ihr die Soziale Marktwirtschaft waren ja auch im westlichen Teil Deutschlands nicht immer unumstritten. Gerade der Neubeginn 1948 war alles andere als einfach: Vorübergehende Preissteigerungen, heftige Auseinandersetzungen bis hin zum Generalstreik begleiteten den Anfang der Sozialen Marktwirtschaft.

Und die Frage der Kursbestimmung der Sozialen Marktwirtschaft stellte sich für die Bundesregierung erneut, als es 1982, vor acht Jahren, darum ging, aus der Rezession heraus eine neue wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in Gang zu setzen - eine Aufwärtsentwicklung, aus der inzwischen der längste Aufschwung der Nachkriegszeit geworden ist. Er geht jetzt mit ungebrochener Dynamik ins neunte Jahr.

Meine Damen und Herren, heute können wir mit Stolz feststellen: Der Standort Deutschland zählt zu den ersten Adressen in der Welt, und die D-Mark gehört zu den gefragtesten und härtesten Währungen.

Am Arbeitsmarkt eilt die Beschäftigung boomartig von Rekord zu Rekord, zuletzt auf 28,5 Millionen. (...)

Binnen Jahresfrist entstanden allein über 700 000 neue, zusätzliche Arbeitsplätze. Ein derart erfreuliches Ergebnis gab es in der Nachkriegszeit nur ein einziges Mal, im Jahre 1955. Das ist heute die Realität in Deutschland.

Obwohl in den letzten zwölf Monaten annähernd eine Million Aus- und Übersiedler in die Bundesrepublik gekommen sind, ist die Arbeitslosigkeit rückläufig. Kurzarbeit und Jugendarbeitslosigkeit, einst große Belastungen, sind nahezu verschwunden.

Allein dieses Beispiel zeigt: Wir haben allen Grund, den Wiederaufbau zwischen Elbe und Oder mit Zuversicht anzugehen. Wann, wenn nicht jetzt, waren wir hierauf, auf diesen Wiederaufbau besser vorbereitet? Mit dem Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und dem Einigungsvertrag haben wir die entscheidenden Weichen für den Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft gestellt.

Wer sagt, dies alles sei zu schnell gegangen, der muß sich fragen lassen, wie er denn sonst den Menschen in der DDR eine neue Zukunft eröffnet hätte, wie er denn sonst den weiteren Zustrom Hunderttausender von Übersiedlern verhindert hätte.

Ich füge hinzu: Wer sagt, dies alles sei ihm viel zu schnell gegangen, der soll unseren Landsleuten in der bisherigen DDR auch sagen, daß er die D-Mark gern noch eine Weile für sich allein behalten hätte und daß Solidarität eben nur langfristig und auf Raten zu haben sei.

Die Wahrheit ist - und dies muß ausgesprochen werden -, daß wir, wenn wir die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli nicht eingeführt hätten, bis zum heutigen Tag ungefähr eine Million Übersiedler aus der DDR in der Bundesrepublik gehabt hätten und daß diese Entwicklung zu katastrophalen Verwerfungen in der Gesellschaft der Bundesrepublik wie jener der DDR geführt hätte.

Nach über vierzig Jahren, meine Damen und Herren, ist uns die geschichtliche Chance zur deutschen Einheit eröffnet worden - eine Chance, von der naturgemäß niemand wußte, wieviel Zeit uns zu ihrer Verwirklichung eingeräumt sein würde. In dieser historischen Situation haben wir gehandelt.

Zur Wirklichkeit des Jahres 1990 gehört auch, daß der wirtschaftliche Neubeginn für viele Menschen einen tiefen Einschnitt bedeutet. Für viele - das zeigt auch die derzeitige Lage auf dem Arbeitsmarkt der bisherigen DDR - ist dies eine persönlich schwierige Phase. In zahlreichen Betrieben muß kurzgearbeitet

werden. In vielen Familien wächst die Sorge um Arbeitsplatz und um Bewältigung des Alltags.

Doch alle, die jetzt von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen sind, haben Anspruch auf Hilfe und Solidarität der Gemeinschaft. Unser bewährtes System der sozialen Sicherung bietet dafür Gewähr.

Solidarität bedeutet für uns genauso, daß jungen Menschen, die die Schule verlassen, eine Zukunft eröffnet wird. Konkret heißt das, daß wir wie vor einigen Jahren in der Bundesrepublik alles tun müssen, daß sie so schnell wie möglich eine Lehrstelle erhalten können.

Deshalb haben Wirtschaft und Handwerk für das Gebiet der ehemaligen DDR eine neue Lehrstelleninitiative in Gang gebracht, die ich nachdrücklich unterstütze. Auch die Bundesregierung leistet hier mit rund 300 Millionen DM ihren Beitrag.

Im übrigen, meine Damen und Herren, ist bereits jetzt zu erkennen: Nach gerade drei Monaten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ist viel in Bewegung gekommen:

- So ist, die Gründungswelle voll angelaufen. In diesem Jahr wurden schon knapp 170 000 Betriebe neu eröffnet, davon allein 40 Prozent nach Einführung von D-Mark und Sozialer Marktwirtschaft.

- Banken, Handels- und Dienstleistungsunternehmen bauen flächendeckende Zweigstellennetze auf und schaffen Tausende von Arbeitsplätzen.

- Die Privatisierung, Sanierung und, wenn nötig, Stilllegung der bisherigen Kombinate und Betriebe unter dem Dach der Treuhandanstalt kommen inzwischen gut voran. Auch die dringend notwendige Reorganisation der Treuhand-Außenstellen macht erkennbare Fortschritte.

- Ich möchte in diesem Zusammenhang denen, die sich unter vollem Einsatz ihrer Person für den Wiederaufbau der bisherigen DDR in Wirtschaft und Verwaltung engagieren, ein herzliches Wort des Dankes sagen. Ich nenne bewußt stellvertretend für viele die Herren Rohwedder und Odewald an der Spitze der Treuhandanstalt.

- Die Preise liegen entgegen manchen Befürchtungen deutlich niedriger als noch vor einem Jahr, und dies bei qualitativ erheblich verbessertem Warenangebot. Damit hat die Kaufkraft von Arbeitnehmern und Rentnern - auch nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank - binnen Jahresfrist spürbar zugenommen. Dies ist nicht zuletzt Ergebnis der reibungslosen Einführung der D-Mark in der bisherigen DDR. Hier hat die Deutsche Bundesbank hervorragende Arbeit geleistet. Ich danke Präsident Pöhl und allen seinen Mitarbeitern für diese Hilfe.

Meine Damen und Herren, mit dem Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und mit dem Einigungsvertrag ist der Grundstein für Aufschwung und Wohlstand in ganz Deutschland gelegt. Wesentlich bleibt, daß wir auch unter den schwierigen Bedingungen des Übergangs, der Umstrukturierung und der Neuorientierung an dem festhalten, was sich durch vierzig Jahre bewährt hat: an einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Chancen für Leistung und Engagement eröffnet und die zugleich dort Hilfe und Unterstützung gewährt, wo die eigene Kraft nicht ausreicht.

Seien wir uns darüber im klaren: Wie wir mit dieser historischen Herausforderung fertig werden, wird auch jenseits unserer Grenzen aufmerksam verfolgt: Das Ergebnis unserer Anstrengungen wird die wirtschaftliche und die politische Position Deutschlands in der ganzen Welt maßgeblich bestimmen.

[...]